

Karl J. Rivinius

Revolte und Innovation

Staat, Gesellschaft und Kirche vor der Herausforderung
durch die 68er Studentenbewegung

Nie sorgten die Studenten in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit für mehr Schlagzeilen als 1988, das Jahr 1968 als Höhepunkt der Studentenrevolte angenommen. Sie gingen wieder auf die Straßen und demonstrierten wie in den sechziger Jahren. Diesmal aber nicht, um die Professorenschaft zu attackieren und gegen obsoleete akademische Traditionen Sturm zu laufen oder eine andere Staats- und Gesellschaftsordnung zu fordern. Insbesondere während des letzten Wintersemesters standen Hochschulprobleme gebieterisch auf der Tagesordnung. Im Sommersemester 1989 nahm die „neue Studentenbewegung“ ihren stürmischen Fortgang. Wiederholt kam es zu Institutsbesetzungen, Gewalttätigkeiten und Boykottaufrufen, die weitgehend befolgt wurden. Vornehmlich an den großen Universitäten ging es viele Wochen turbulent zu.

Mit ihren Protestaktionen wiesen die Studenten auf die verfehlte Bildungsplanung hin und machten auf ihre mitunter katastrophalen Studienbedingungen aufmerksam: hoffnungslos überfüllte Hörsäle, drangvolle Enge in den Übungsräumen, Seminaren und Labors, die einen regulären und gedeihlichen Lehr- und Forschungsbetrieb kaum zuließen. Diese mißliche Lage ist wesentlich der vor etlichen Jahren eingeführten unseligen Kapazitätsverordnung anzulasten. Universitätsrektoren und Hochschulverbände sprachen von einem akuten Notstand. Heinrich Seidel, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, tat bereits Anfang 1989 öffentlich kund, daß in der Bundesrepublik bald ein bedenklicher Mangel an Professoren herrsche. Er beschwor Abgeordnete und Wissenschaftler der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik-Bildung 2000“, die Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses deutlich zu verbessern. Angesichts der derzeitigen desolaten Situation sei seine Förderung für die Hochschulen, die Georg Picht vor kurzem als „das Armenhaus der reichen Bundesrepublik“ bezeichnet hat, dringend geboten und überlebenswichtig.

Inzwischen ist ein Notprogramm für die Hochschulen von 2,1 Milliarden DM beschlossen worden. Doch diese Finanzmittel, auf sieben Jahre und bundesweit auf 244 Hochschulen verteilt, lassen die Dimensionen gewaltig schrumpfen. Sie sind nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Dieser bescheidene Erfolg wäre aber ohne die studentischen Proteste schwerlich möglich gewesen. Nach der

jüngsten Ankündigung von Bildungsminister Möllemann sollen als ein neues „Hilfsprogramm“ noch einmal jährlich 800 Millionen DM zusätzlich bereitgestellt werden.

Wie angedeutet, unterscheiden die gegenwärtige Krise an den Hochschulen und die studentische Kritik sich in zahlreichen Punkten von den Protesten der 68er Studentenrevolte. Außerdem haben sich mittlerweile die sozio-ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen sowie die Bewußtseinslage und das Selbstgefühl der heutigen Studentengeneration gegenüber der von 1968 in vieler Hinsicht geändert. Im folgenden wird jedoch kein expliziter Vergleich zwischen ihnen vorgenommen. Wir widmen uns vielmehr ausschließlich der 68er Studentenbewegung, deren Höhepunkt vor zwanzig Jahren 1988 in den Massenmedien, in Wort und Schrift erschöpfende Erwähnung gefunden hat. Allerdings werden aus den komplexen Ereignissen bloß einige Problemfelder herausgegriffen und im Blick auf die Wirkungsgeschichte etwas näher untersucht. Beim Betrachten dieser Vorgänge wie dem Bedenken der damaligen Aktionsprogramme der Studentenschaft und ihres Verhaltens fallen trotz mancher Ähnlichkeiten die qualitativen Unterschiede zwischen beiden Bewegungen deutlich in die Augen.

Zur Vorgeschichte der Studentenbewegung

Bis in die Gegenwart assoziieren zahlreiche Bundesbürger mit der Studentenbewegung der sechziger Jahre vornehmlich Langhaarige, Demonstrationen, gewaltsame Ausschreitungen, Straßenschlachten mit den Ordnungshütern der Republik, respektloses Verhalten den Autoritäten in Staat, Gesellschaft und Kirche gegenüber, Protestaktionen einer radikalen Minderheit mit dem dezidierten Ziel der Beseitigung des demokratischen Gemeinwesens zugunsten einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, Chaos und Anarchie. Eine solch undifferenzierte, vorurteilsbelastete und affektiv besetzte Beurteilung wird weder den damaligen Vorgängen und legitimen Anliegen der Studentenbewegung noch ihrer faktischen Bedeutung für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik historisch gerecht. Denn ganz gleich, wie man sie heute bewerten mag: In der Geschichte der verhältnismäßig jungen Bundesrepublik stellt sie zweifelsohne eine signifikante und folgenreiche Zäsur dar. Sie hat ihr Erscheinungsbild nachhaltig geprägt und verändert, zugegebenermaßen nicht nur zum Besseren hin. Jedenfalls hat sie zur größeren Politisierung einer Gesellschaft beigetragen, die sich während der Adenauer-Ära mehr an wirtschaftlichem Wachstum interessiert zeigte und auf materiellem Wohlstand bedacht war als auf durchgreifende Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche und gesellschaftliche Mitbestimmung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Viele Formen demokratischer Willensbildung und Meinungsäußerung, die heu-

te insbesondere von den Anhängern und Mitgliedern der neuen sozialen Bewegungen als selbstverständlich reklamiert und praktiziert werden, sind nämlich damals zum ersten Mal von den Studenten gegen den energischen Widerstand des Staatsapparats, der politischen Parteien und Institutionen eingeübt und durchgesetzt worden. Eine dem objektiven Tatbestand widersprechende Verkürzung läßt die positiven Aspekte und Resultate der Studentenbewegung nicht in Blick kommen; unter dieser Perspektive sieht man in ihr lediglich eine destruktive Revolte, die zwangsläufig zum Terrorismus und Extremismus sowie zur autonomen Szene hatte führen müssen. Um aber die 68er Bewegung sachgemäß beurteilen zu können, ist die Kenntnis ihrer Vorgeschichte, die bereits in den fünfziger Jahren begann, unerlässlich.

Recht bald nach Gründung der zweiten deutschen Republik vor nunmehr vierzig Jahren nahm ein beachtlicher Teil der kritischen Intelligenz trotz Wiederaufbau und Wirtschaftswunder ihr gegenüber eine reservierte oder gar ablehnende Haltung ein. Viele Studenten – vornehmlich solche aus bürgerlichen Kreisen – brachten der Gesellschaft, die ihre Eltern in den beiden Nachkriegsjahrzehnten aufgebaut hatten, starke Ressentiments entgegen und artikulierten unüberhörbar ihr Unbehagen. Andere prangerten nicht bloß bestimmte politische, gesellschaftliche und soziale Mißstände des Staates wie auch die unterbliebene Vergangenheitsbewältigung der braunen Diktatur an, sondern verwarfen das gesamte System mit den ihm zugrunde liegenden traditionellen Normen und Werten; denn nach ihrer Überzeugung befanden sich die Verhältnisse in einem unheilvollen Erstarrungsprozeß und in einer bedenklichen Sackgasse. Die Ablehnung der akademischen Linken erstreckte sich auf private Lebensgestaltung, Erziehungsprinzipien und Bildungsziele ebenso wie auf die allgemeinen Strukturen der hochindustrialisierten Gesellschaft. Statt dessen wurden neue Formen der politischen Partizipation, der zwischenmenschlichen Beziehungen und des partnerschaftlichen Zusammenlebens reklamiert, außerdem eine antiautoritäre, repressionslose Erziehung, ein zeitgemäßes Bildungswesen, die Enttabuierung antiquierter Normen und Verhaltensmuster, primär im Bereich der Sexualität, sowie eine umfassende und tiefgreifende Liberalität, Pluralität und Modernität gefordert.

Den Wechsel im Amt des Bundeskanzlers am 16. Oktober 1963 mit Ludwig Erhard, dem „Schutzheiligen des Wirtschaftswunders“, interpretierte man vielfach als Chance für einen Aufbruch aus rückwärtsorientierten, verkrusteten politischen und gesellschaftlichen Strukturen, als Beginn einer mehr liberal geprägten Ära als unter Adenauers Ägide. Trotz unleugbarer Erfolge der neuen Regierung auf politischem und sozio-ökonomischem Gebiet wie auch des unbestreitbaren Bemühens, auf neue Herausforderungen der Industriegesellschaft zeitgemäße Antworten zu finden, haftete den Maßnahmen das Odium der Rückständigkeit, ja des Reaktionären an. Dagegen polemisierten hauptsächlich Anhänger neomarxistischer Ideen. Namentlich die Unionsparteien als dezidierte Repräsentanten

des Konservatismus gerieten zusehends in die Defensive und zogen immer mehr Kritik auf sich. Bereits 1950 hatte Walter Dirks in einer scharfsinnigen Zeitanalyse gemeint, sämtliche überlieferte Positionen könnten nicht länger konservativ sein, sie stünden vielmehr vor der Wahl, sich entweder durch Restauration oder durch Wandlung zu retten.

Zur selben Zeit mußte er aber feststellen, „daß gleichwohl der Geist der Restauration in allen Institutionen anzutreffen sei. Ob Katholiken oder Protestanten, Sozialisten oder Christ-Demokraten, Universitäten, studentische Verbindungen oder Wirtschaftsmächte, überall werde versucht, Fäden nach hinten wieder anzuknüpfen. Vor allem aber sei das sozio-ökonomische System, das noch den Nationalsozialismus getragen hatte, tradiert... Ungebrochenen Konservatismus aber lasse die Epoche nicht zu.“¹ Speziell im Blick auf die christlichen Kirchen heißt es zum selben Tatbestand: In dem Maß, wie diese „von dem moralischen und politischen Bankerott des Hitler-Regimes verschont blieben und nach dem Kriege eine Reihe von politischen Aufgaben wahrnehmen konnten, in dem Maß auch, wie der Rechtspositivismus durch das nationalsozialistische Regime in Mißkredit geraten war und die Naturrechtslehre die juristische Theorie und Praxis wieder zu bestimmen begann, versuchten konservative Kräfte, im Christentum den Boden einer neuen konservativen Gesinnung zu sehen... Auf katholischem Felde waren es vornehmlich die ‚Abendländische Aktion‘ und die ‚Abendländische Akademie‘, mit denen versucht wurde, den modernen Säkularismus wieder rückgängig zu machen und die Gesellschaft zurückzuführen in neue naturrechtliche Bindungen. Hier zeigte sich denn auch gleich die Gefahr der Klerikalisierung. Zugleich mit dem Rückgriff auf das Naturrecht kam die alte Ständeordnung wieder in den Blick.“²

Verstärkt artikulierten sich – überwiegend generationsbedingt – Forderungen nach Emanzipation, durchgreifenden Reformen und neuen Zukunftsperspektiven. Unterstützt durch die modernen Kommunikationsmedien, bewirkten sie unter der Bevölkerung allmählich eine Änderung des Erwartungshorizonts im Sinn einer Demokratisierung aller Gesellschafts- und Lebensbereiche, der Mentalität und öffentlichen Meinung. Der dann erfolgte eruptive Ausbruch der studentischen Revolte, der sich rasch Gymnasiasten und Schüler anschlossen, wurde insbesondere durch die Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 mit Kurt Georg Kiesinger als Kanzler vorbereitet. Sie wies teilweise anarchistische, teilweise sogar totalitäre Zielsetzungen und Ausdrucksformen auf mit neuartigen Zügen kollektiven Protest- und Demonstrationsverhaltens.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), von dem sich die SPD schon 1961 infolge konzeptioneller Meinungsverschiedenheiten wegen des „Godesberger Programms“ und eines Unvereinbarkeitsbeschlusses hinsichtlich der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der SPD und im SDS endgültig getrennt hatte, avancierte zum Kern und „organischen Theoretiker“ einer Außerparlamentarischen Opposition (APO), die Zweifel an der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland äußerte, da eine innerparlamentarische Opposition wirkungslos zu werden schien. Sie rekrutierte sich aus dem breiten Spektrum linker Gruppierungen. Diesem Aktionsbündnis traten Gewerkschaften, pazifistisch-neutralistische Kreise der älteren „Ostermarsch-Bewegung“ von Rüstungsgegnern und Wehrdienstverweigerern bei. Charakteristisch für die APO als eine kol-

lektive Protestbewegung mit der Tendenz zu einer Gegenöffentlichkeit, die politische Ziele auf nichtparlamentarischem Weg durchzusetzen suchte, war ein aggressiver Antiamerikanismus und Antikapitalismus, den sie massiv und mit allen Mitteln propagierte.

Eine klärende Sachdiskussion zwischen SPD und vom SDS geführter Studentenbewegung ist niemals zustande gekommen. Zum einen lag das begründet in der Theoriescheu und dogmatischen Starrheit von Parteifunktionären, zum anderen aber auch in mangelnder Gesprächsbereitschaft und den illusionären Konzeptionen der radikalen Linken. Angesichts einer latenten Gewaltretorik bezeichnete Jürgen Habermas dieses Defizit an politischer Verständigungsmöglichkeit dem prominenten Studentenführer Rudi Dutschke gegenüber vorwurfsvoll als „linken Faschismus“, ein Vorwurf, den er später jedoch zurückgenommen hat. Jener klagte seinerseits den „Faschismus in der Struktur“ der bundesdeutschen Gesellschaft an, allerdings eher aus Sorge um diese Republik als aus antidemokratischer Zerstörungsneigung. In der Folgezeit ist dann freilich das politische Agieren und Reagieren durch Formen von Gewaltanwendung bis hin zum Terrorismus beeinflusst worden, wie es sie bislang nicht gegeben hatte.

Demonstrationen und gewaltsame Ausschreitungen

Bereits 1965 hatten Proteste des SDS und des Sozialistischen Hochschulbunds (SHB) an der Freien Universität Berlin (FU) gegen Hochschulverwaltung, Rektor und Professorenschaft öffentliches Aufsehen erregt und die radikalen Parolen allgemein bekanntgemacht. „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“, „Brecht dem Schütz (Regierender Bürgermeister von Berlin) die Gräten, alle Macht den Räten“, „Macht aus Stalinisten gute Sozialisten“, „Alle reden vom Wetter, wir reden von Vietnam“ und „Über Gewalt redet man nicht, man wendet sie an“. Die durch den SDS ideologisch und strategisch geführte Studentenbewegung erreichte 1968 ihren konfliktuativen Höhepunkt. Innerhalb Deutschlands galten die Proteste speziell den Notstandsgesetzen, der autoritären Hochschulpolitik, den Massenmanipulationen des Springer-Konzerns, der in den Augen seiner Antagonisten das Zentrum systematischer Hetzkampagnen gegen Anhänger politischer und weltanschaulicher Minoritäten war, und der Regierungspolitik.

Grenzüberschreitend richtete sich der studentische Widerstand – weltweit mit der Bewegung der „Neuen Linken“ verbunden – namentlich gegen die amerikanische Intervention in Indochina und den schmutzigen Vietnamkrieg, den die USA nach Ansicht ihrer Gegner nicht etwa um humanitärer Gründe und um der Freiheit des vietnamesischen Volkes willen führten, sondern vielmehr deswegen, um sie zugunsten strategischer Vorteile des Westens zu unterdrücken. Mit der Parole „Frieden für Vietnam“ bekundeten überwiegend Studenten und Jugendliche auf

der Straße als öffentlichem Raum ihre Solidarität mit Ho Chi Minh in seinem Befreiungskampf gegen den militanten Imperialismus. Auf dem „Internationalen Vietnam-Kongreß“ im Februar 1968 in West-Berlin, an dem zahlreiche Delegationen aus fast allen westeuropäischen Ländern teilnahmen, erklärte Rudi Dutschke, der „Chefideologe“ des SDS: „In Vietnam werden auch wir tagtäglich zerschlagen, und das ist nicht ein Bild und ist keine Phrase.“ Er gab als Losung aus: „Es lebe die Weltrevolution und die daraus entstehende freie Gesellschaft freier Individuen!“ Die „Deutsche Nationalzeitung“ forderte am 22. März ihre Leserschaft auf: „Stoppt Dutschke jetzt! Sonst gibt es Bürgerkrieg.“

Nach Schüssen eines neonazistisch beeinflussten Attentäters am Gründonnerstag 1968 auf Dutschke am Kurfürstendamm in Berlin, durch die er lebensgefährlich verletzt wurde, eskalierten die Proteste und Demonstrationen in mehrtägigen brutalen Straßenschlachten mit der Polizei. In einem Augenzeugenbericht heißt es dazu: „Wir schrien unsere Wut heraus, viele von uns warfen zum ersten Mal bedenkenlos Steine – im Amerikahaus, an dem wir vorbeikamen, blieben nicht viele Scheiben heil. Wir alle fühlten uns getroffen, und unsere Empörung war grenzenlos. Als wir beim Springer-Hochhaus angekommen waren, war der Zorn nicht mehr zu bändigen.“³ Da der Mordanschlag gemeinhin als Folge der bewußten Panikmache und systematischen Hetzkampagnen des Berliner Senats und der Springer-Presse angesehen wurde, kam es während der Ostertage in der ganzen Bundesrepublik zu massenhaften Versuchen, die Auslieferung der Springer-Zeitungen gewaltsam zu verhindern. Bereits am Abend des Attentats begannen 2000 Studenten das Springer-Hochhaus an der Berliner Mauer zu stürmen, was aber ein starkes Polizeiaufgebot vereiteln konnte. Daraufhin wurden die Fahrzeughalle in Brand gesetzt und mehrere Transportfahrzeuge zerstört. Innerhalb der fünf Tage dauernden Straßenkämpfe an den Auslieferungstoren der Springer-Druckereien beteiligten sich mehr als 60 000 Personen, um die Zustellungen zu blockieren. Zum ersten Mal engagierten sich sehr viele nichtintellektuelle Jugendliche, hauptsächlich Lehrlinge. Über 1000 Demonstranten, mitunter auch unbeteiligte Hausfrauen und Rentner, wurden von der Polizei verhaftet. Bei Straßenschlachten und gewaltsamen Ausschreitungen in 26 Städten kamen zwei Personen – in München – ums Leben, 400 wurden zum Teil schwer verletzt. Bundesregierung und Bundestag waren bestürzt über diese Gewaltdemonstrationen; sie zeigten sich einig im Bekenntnis, die Staats- und Rechtsordnung der Bundesrepublik gegen gewalttätige Minderheiten zu sichern. Keine Einmütigkeit herrschte jedoch über die Art und Weise, wie diese Sicherung der Rechtsordnung am zweckmäßigsten geschehen konnte.

Die Osterunruhen – sie fielen fast zeitgleich zusammen mit den Studenten- und Arbeiterprotesten in Frankreich – bewirkten eine Radikalisierung von Teilen der APO, die den zunächst realitätsbezogenen Zusammenhang von Aktionsformen und Aktionszielen der Außerparlamentarischen Opposition nicht mehr respek-

tierten. Dadurch kam es innerhalb der einzelnen Fraktionen zu Parteigungen, Entfremdungen, etwa von Arbeiterschaft und Gewerkschaften, sowie zu Sezessionen. Der Sternmarsch nach Bonn aus Anlaß der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Parlament, eine vom Kuratorium „Notstand der Demokratie“ und der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ koordinierte Veranstaltung, war die letzte spektakuläre Aktion der APO. An der gewaltlosen Großkundgebung, die am 11. Mai 1968 in der Bundeshauptstadt stattfand, nahmen beinahe 100 000 Menschen teil.

Nach der Verabschiedung der heftig umstrittenen Notstandsgesetze durch den Bundestag, zu deren Verhinderung sich alle Protestkräfte in Deutschland – nicht bloß Mitglieder der Studentenrevolte – zu einer Aktionseinheit formiert hatten, breiteten sich unter ihnen zusehends spürbare Resignation und tiefe Frustration aus. Dazu trug außerdem bei, daß andere groß inszenierte Kampagnen insgesamt für die APO enttäuschend verliefen; darüber hinaus ließen auch in der Bevölkerung Solidarisierung und Resonanz merklich nach. Die APO und speziell der SDS gewannen zwar weiter Einfluß auf die Studentenschaft, sie vermochten es jedoch nicht, die Studentenbewegung zu einer gesamtgesellschaftlichen Massenbewegung auszuweiten. Ihnen widerfuhr die „Ohnmacht einer Minorität“; sie sah sich außerstande, der breiten Bevölkerung sich überzeugend verständlich zu machen. Die unmittelbaren politischen Ziele der Protestaktionen konnten nicht erreicht werden: Der Krieg in Vietnam ging weiter, die Notstandsgesetze wurden promulgiert, die Springer-Presse beeinflusste wie bisher die veröffentlichte Meinung, die Hochschulreform trat auf der Stelle. Weitaus gravierender für die Zukunft der Gesamtbewegung als die vorerwähnten Niederlagen war der Einmarsch von Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei im August 1968, der dem „Prager Frühling“ ein abruptes Ende bereitete. Für die „Linken“ war damit die hochangesiedelte Hoffnung auf Etablierung eines auch für die Bundesrepublik vorbildlichen „demokratischen Sozialismus“ in einem Ostblockland gegenstandslos geworden.

Aufgrund ideologischer Kontroversen, Polarisierungen und Richtungskämpfen in den eigenen Reihen wurden vermehrt Spaltungstendenzen sichtbar. Sie ließen sich unter anderem ablesen am Auftreten von „Roten Zellen“ in Berlin und andernorts sowie an der am 21. März 1970 in Frankfurt vollzogenen Auflösung des SDS als Bundesverband. Dieser Vorgang wird vom früheren SDS-Bundesvorstandsmitglied Udo Knapp folgendermaßen begründet:

„Die Erschöpfung der Studentenrevolte darf nicht etwa bloß negativ von der Seite des sich auflösenden SDS her beschrieben werden, sondern muß beschrieben werden als der Prozeß der Selbsterkenntnis der Akteure an der antiautoritären Revolte, die heute als sozialistische Intellektuelle kein Interesse mehr an der Reorganisation einer Studentenorganisation als SDS haben, sondern für die sich die Organisationsfrage als die Frage nach den Perspektiven des Klassenkampfes und der Organisation des Proletariats stellt.“⁴

Forderung nach umfassender Demokratisierung in Staat und Gesellschaft

Trotz des vielfältigen und schillernden Spektrums an Strömungen, Programmen, Erklärungen und Postulaten der verschiedenen Gruppen lassen sich einige Grundideen und Charakteristika für die Gesamtbewegung ausmachen. Ein solch zentrales Anliegen war der Widerstand gegen die traditionellen Autoritäten des „Establishments“, der in einem damals wachsenden Krisenbewußtsein und in virulenten Krisenphänomenen seine zusätzliche Begründung fand. Es ging dabei letztlich um das angemessene Demokratieverständnis. Seit Mitte der sechziger Jahre ist die Diskussion darüber in der Bundesrepublik und ähnlich in vergleichbaren Ländern, eben nicht zuletzt im Zug der Studentenbewegung, neu entfacht worden. Allerdings wurde sie nicht erst von der protestierenden Jugend erfunden; sie ist vielmehr in der „abendländischen Kultur“ tief verwurzelt und war eben keine bloße Sache der Ideologie oder Kultur, sondern ebensosehr Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung. Im Unterschied zu anderen westlichen Staaten hatte sich aber in Deutschland keine selbstbewußte demokratische Kultur etablieren können. Viele für junge Menschen sinnstiftende und sinnvermittelnde Einrichtungen galten hier schon deshalb als suspekt und diskreditiert, weil diese Institutionen die Zeit des Nationalsozialismus verhältnismäßig unbeschadet überstanden hatten.

„Die ‚verunsicherte Gesellschaft‘ bot weder das Selbstbewußtsein noch die Überzeugungskraft, sich der Kritik, wo sie angebracht war, zu stellen. Die Nachkriegsgeneration hatte das Wirtschaftswunder geschaffen und die Städte wieder aufgebaut. Eine politische Kultur, die auch abweichenden Lebensvorstellungen Raum bot, ließ sich hierdurch nicht ersetzen. Die Gesellschaft, die bislang zu wenig demokratisches Selbstbewußtsein entwickelt hatte, war nicht in der Lage, auf den Bewußtseinswandel der studentischen Jugend angemessen zu reagieren. Es fiel der Studentenbewegung nicht schwer, auch dieses mangelnde Selbstbewußtsein als Bestätigung ihrer These von der ‚Krise des Kapitalismus‘ zu deuten.“⁵

Für manche Politiker waren basisdemokratische Positionen und Bestrebungen innerhalb der Protestbewegung gleichbedeutend mit einem Generalangriff auf die parlamentarische Demokratie. Aufgrund mangelnder Resonanz in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit setzte sich bei den maßgebenden Studentenführern die Einsicht durch, daß angesichts der bestehenden Verhältnisse etwa die Forderung nach Demokratisierung der alten Ordinariatenuniversitäten, studentischer Mitbestimmung und Verbesserung der Studienbedingungen an den überfüllten Hochschulen ohne durchgreifende Demokratisierung sämtlicher Gesellschaftsstrukturen („Marsch durch die Institutionen“) und Lebensbereiche sich nicht realisieren ließ. Als eine wesentliche Voraussetzung, um dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen, galt der in allen Bevölkerungsschichten zu initiiierende und permanente Prozeß einer entsprechenden Bewußtseinsveränderung.

In der Folgezeit lenkten extreme Gruppierungen, die sich aus der zerfallenden Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre bildeten, die besondere Aufmerk-

samkeit der Öffentlichkeit auf sich. Sie meinten, man könnte den „Bewußtseinsstand der Massen“ durch terroristische Anschläge verändern und sie auf diese Weise für ihre Aktionsprogramme gewinnen, was sich aber als Illusion erwies und das Gegenteil bewirkte. Dabei wurden sie von gewissen Massenmedien und den Sympathisanten der Extremisten ideell unterstützt, die der Bevölkerung suggerierten, daß die eigentlichen Ursachen des Terrorismus in gesellschaftspolitischen Zuständen gesucht werden müßten. Statt besonnene Lösungen sich aneignen zu lassen, hielt man gemäß der probaten Sündenbock-These zunächst Ausschau nach Schuldigen; Rechte und Linke diffamierten sich dabei gegenseitig. Die Provokation des Terrorismus als verzweifelter Form linkstotalitärer Ausweglosigkeit duldete keine Apathie, sie forderte vielmehr zur eindeutigen Stellungnahme und zum entschlossenen politischen Handeln heraus. Nach heftigen kontroversen Diskussionen im Parlament ergriff die Regierung entsprechend den fundamentalen Prinzipien der Verfassung, der Toleranz und Pluralität Maßnahmen, um die Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der öffentlichen wie privaten Sicherheit und des sozialen Friedens durch den Extremismus abzuwenden.

Insgesamt betrachtet, erwies sich das parlamentarisch-demokratische System als haltbarer als von manchen angenommen. Unterdessen waren auch „in zahlreichen gesellschaftlichen Teilbereichen – vor allem im Bildungswesen – die notwendigen Reformen eingeleitet worden. Das hatte die in weiten Teilen der akademischen Jugend verbreitete Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System jedoch keineswegs beseitigt. Die Vorbehalte gegen die repräsentative Demokratie und die technokratische Industriegesellschaft hatten den Zerfall der Studentenbewegung überlebt. Die Gestaltung des eigenen überschaubaren Lebensbereiches hatte jedoch zunächst Vorrang vor der Propagierung gesellschaftlicher Veränderungen. Der Konflikt zwischen den Generationen ruhte, die Sprach- und Kontaktlosigkeit dauerte fort. Die neue Alternativ-Kultur war nicht unpolitisch. Ihre Polarisierung äußerte sich zunächst jedoch nicht in politischem oder gar parteipolitischen Engagement. Sie bildete aber den Nährboden für Bürgerinitiativen, Dritte-Welt-Projekte, Stadtteilgruppen. Die Hoffnungen, die viele Studenten auf die sozial-liberale Koalition gesetzt hatten, verflogen rasch. Die gesamtgesellschaftlichen Reformen enttäuschten. Die Ankündigung Willy Brandts, die Demokratie werde erst im Sozialismus vollendet, entpuppte sich als Anmaßung.“⁶

Demokratisierung in der Kirche

Es konnte nicht ausbleiben, daß bestimmte Ideen, programmatische Zielsetzungen, Anliegen, Postulate und Kritikpunkte, wie sie im Umfeld der Studentenbewegung geäußert und öffentlich diskutiert worden waren, gleichfalls innerhalb

der Kirche bereitwillig aufgegriffen und freimütig erörtert wurden. Denn auch in ihr als einer „*Ecclesia semper reformanda*“ gab es kritikwürdige Zustände, Mentalitäten und Verhaltensweisen, die eine Metanoia und längst überfällige Reformen an Haupt und Gliedern geradezu erheischten. Besonders die jüngere Generation, von der viele sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Frieden und Abrüstung, für eine humane, gerechte und konfliktfreie Welt engagierten wie auch auf Nachrichten von Mißachtungen elementarer Menschenrechte, von Hungerkatastrophen, grenzenlosem Elend und den vielfältigen Formen von Unterdrückung in den Ländern der Dritten Welt sensibel reagierten, war dafür empfänglich und aufgeschlossen. Sie waren vom Wunsch beseelt, aktiv beizutragen, um der Kirche zu einem menschlicheren Antlitz zu verhelfen und ihre Ausstrahlungskraft zu erhöhen. Offen und unüberhörbar wandten sie sich gegen jegliche Art von Repression und obrigkeitsstaatlichem Gebaren im Bereich der Kirche. Statt dessen plädierten sie für eine herrschaftsfreie Kirche, in der Christi Geist und aufrichtige Brüderlichkeit vorherrschen müßten; an ihnen als normativem Maßstab hätten sich vornehmlich die Kirchenmänner zu orientieren und schlechterdings zu halten. Die Glaubensbotschaft sollte von ihnen zeitgemäß, auf die konkrete Lebenssituation bezogen und den Realitäten Rechnung tragend, glaubwürdig, authentisch und hoffnungsfroh verkündet werden. Darum sei dringend geboten, das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit, von Theorie und Praxis in Lehre wie im Leben zu überwinden und zur Deckung zu bringen. Die Repräsentanten der Kirche müßten jeglichen Triumphalismus und Pomp in ihrer Amtsführung wie in ihrem Dasein ablegen. Überdies seien neue, ansprechendere Formen bei den liturgischen Feiern, in der Seelsorge und katechetischen Unterweisung zu suchen und zu praktizieren. Zudem sei eine andere, evangeliengemäße Kultur des Miteinander von Klerikern und Laien zu pflegen, bestimmt von der Gleichheit aller Getauften aufgrund der Schöpfungs- und Erlösungsordnung.

Darüber hinaus waren hauptsächlich die jungen Christen und die kritische Intelligenz nicht länger gewillt, von kirchlichen Amtsträgern sich bevormunden, paternalistisch gängeln und autoritär behandeln zu lassen, ein Gehaben, auf das sie allergisch und aggressiv reagierten. An Stelle der streng hierarchisch gegliederten Kirche wurden gefordert eine demokratisch strukturierte Kirche, der absolutistische und autokratische Manieren abhold seien, sowie ein sozial-integrativer Führungsstil, der das Gefühl vermittele, als Partner und Glied der Kirche ernst genommen zu werden, der die Meinung auch der Laien respektiere, sie in relevante Entscheidungsprozesse einbeziehe, der ihnen eine deutliche Mitwirkung bei der Bestellung von kirchlichen Amtsträgern zugestehe, ihre Kooperation in kirchlichen Institutionen, Gremien und Ausschüssen wie auch bei der gemeinsamen Zukunftsgestaltung wünsche, der zu emanzipatorischem und eigenverantwortlichem Tun aufmuntere sowie die Entwicklung konstruktiver und hilfreicher Initiativen fördere.

Die innerkirchlichen Opponenten brachten die zum Teil berechnete Kritik mitunter sehr ungestüm, überzogen, zu wenig differenziert, ideologiebefrachtet, polemisch und in verletzender Schärfe vor. So war beispielsweise auf Flugblättern zu lesen: „Wer heute in der Öffentlichkeit mit einem derart totalitären Wahrheitsanspruch auftritt wie die Kirche, ist für kritische Menschen ein Schwätzer und Phantast. Hat er aber Macht, ist er gefährlich, und ihm muß widersprochen, ja Widerstand geleistet werden.“ Oder: „Bekämpft die kleine, radikale, geistig und moralisch vermodernde, klerikale Minderheit!“ Durch eine derartige Polemik provozierten solche Kritiker innerkirchlichen Streit, Polarisierungen sowie den Widerstand seitens der kirchlichen Organisationen und ihrer hierarchischen Repräsentanten. Ein derartiger Affront und solch massive Beleidigungen verbauten sich jede Möglichkeit eines konstruktiven Dialogs und Meinungsaustauschs. Die innerkirchlichen Opponenten hielten sich unter Berufung auf das Zweite Vatikanische Konzil zur Kritik für legitimiert. Denn „erst indem die Kirche im Konzil zur Deutung ihrer selbst als Volk der ‚fundamental‘ Gleichen (vor aller Verschiedenheit der Charismen und Funktionen) im Raume der Offenbarung zurückkehrte und indem dieses Bewußtsein zur Norm kirchlicher Praxis erhoben wurde, konnte sinnvoll die Frage diskutiert werden, ob Organisations- und Lebensformen, wie sie in freiheitlichen Gesellschaften selbstverständlich geworden sind, auch im kirchlichen Bereich möglich sind“⁷.

Weil die Konzilsbeschlüsse vielfach nur halbherzig und schleppend in die kirchliche Wirklichkeit umgesetzt wurden, machten sich bei jüngeren Leuten, in reformerisch eingestellten Kreisen, zumal bei Theologen, in Priestergruppen, katholischen Studentengemeinden und vor allem bei Vertretern der im Kontext der Studentenbewegung etablierten Formation „Kritischer Katholizismus“ Ungeduld und Unmut breit. Sie mahnten deshalb beziehungsweise pochten darauf, daß der postkonziliare Reformprozeß im Blick auf bessere Lösungen und das Beseitigen erstarrter Verhältnisse zügig, mutig und in optimistischem Vertrauen auf den Hl. Geist vorangebracht werden müsse.

Inzwischen war einiges in dieser Hinsicht geschehen, allerdings nicht auf dem Weg von tiefgreifenden Strukturveränderungen. So hatte man zum Beispiel mancherorts Formen der Mitwirkung von Laien im Rahmen der gegebenen Kirchenorganisationen eingeführt (Pfarrgemeinderat) – allerdings Mitwirkung auf nur konsultative Weise –, und war der Diözesanrat, in dem Laien und Priester sich trafen, konstituiert worden. Außerdem gab es Dekanats-, Regional-, Diözesan- und Landesgremien. Gleichwohl mußte bezweifelt werden, daß diese Gremien die Ausstrahlungskraft der Kirche zu erhöhen imstande waren, da die Laienvertreter etwa sich überwiegend aus der kirchlichen Elite rekrutierten. Eine grundlegende Veränderung zum Besseren schien jedoch nur dann möglich, wenn die Strukturen der Kirche durchlässiger und komplexer gemacht würden und in ihr ein größerer Handlungsspielraum gegeben wäre.

Der Essener Katholikentag 1968

Vom 4. bis 8. September 1968 wurde in Essen der 82. Deutsche Katholikentag veranstaltet. Sein Motto „Mitten in der Welt“ signalisierte das Programm; es sollte zugleich das Bekenntnis zum Dienst der Kirche in und an der Welt sein. Auf ihm wollte man den nachkonziliaren Prozeß weiter vorantreiben und die Beschlüsse des Konzils in die Realität der deutschen Ortskirche umsetzen. Angesichts der Gesamtsituation in Kirche, Staat und Gesellschaft infolge der Studentenproteste war damit zu rechnen, daß der Amtskirche und ihren Repräsentanten scharfe Auseinandersetzungen bevorstanden. Das Vorbereitungskomitee hatte die Veranstaltung als einen „fragenden Katholikentag“ konzipiert. Fragen sollten gestellt, aber keine Entschlüsse gefaßt werden. Es kam jedoch ganz anders. Die vorausformulierten 1770 Fragen wurden zumeist Makulatur. Denn in den Diskussionen meldete sich eine kritische Basis stürmisch zu Wort, stellte ihrerseits unangenehme Fragen, klagte an, forderte, verteilte polemische Flugblätter, formulierte unbequeme Resolutionen, agitierte mittels Sprechhören und Transparenten. Eine täglich erscheinende Zeitung machte auf ihre Anliegen aufmerksam, und ihre Schreiber bemühten sich, sie plausibel darzulegen. In den einzelnen Veranstaltungen entluden sich immer wieder lang zurückgehaltener Ärger und angestaute Aggressionen.

Alles konzentrierte sich auf einige in der kirchlichen Öffentlichkeit kontrovers erörterte, brisante und existentiell relevante Kernpunkte, die lediglich verschieden variiert wurden. Im Grund handelte es sich um die Frage nach der Autorität in der Kirche und ihren Strukturen, ein Sachverhalt, der dem fragenden, kritisch eingestellten, von der heutigen Welt geprägten Menschen enorme Schwierigkeiten bereitete. Wie ein roter Faden durchzog dieses Thema sämtliche Diskussionen und verlieh ihnen ein eigentümliches Flair. Es stellte den Kristallisationspunkt dar, in dem sich fokusartig Proteste, Wünsche, Anliegen, Forderungen und Reformvorschläge brachen. Konkret ging es primär um die am 25. Juli 1968 von Papst Paul VI. veröffentlichte und sehr umstrittene Enzyklika „*Humanae vitae*“ „Über die rechte Ordnung der Weitergabe menschlichen Lebens“, die die Kirche vor eine Zerreißprobe gestellt „und manches als brüchig erwiesen (hat), von dem man glaubte, es gehöre zu den unumstrittenen Grundsätzen des modernen Katholizismus“⁸; außerdem ging es um die „von oben“ gesteuerte und zensierte Kirchenpresse, um die religiöse Belehrung in Unterricht und Verkündigung, um die besondere Stellung des Weihepriestertums und Fragen des Zölibats sowie um die Forderung eines Pastoralkonzils nach niederländischem Muster.

Die in Essen überaus deutlich gewordene Autoritätskrise war keineswegs bloß ein Problem der Laien, sondern auch des Klerus, wie namentlich die Kontroversen um das päpstliche Lehrschreiben über die Geburtenkontrolle, das alle empfängnisverhütenden Mittel prinzipiell verbot, gezeigt hatten. Zwar hatte der Papst

geglaubt und gehofft, die Katholiken würden dem obersten Lehramt der Kirche gehorchen, nicht so sehr wegen der in der Enzyklika „angeführten Beweise und Gründe, sondern vielmehr wegen der Erleuchtung des Heiligen Geistes, mit der in besonderer Weise die Hirten der Kirche zur klaren Auslegung der Wahrheit begnadet sind“. Das erwies sich aber als Trugschluß. Denn „noch nie zuvor hatte eine päpstliche Verlautbarung in der Kirche selbst einen solchen Widerspruch gefunden. Grund dafür war nicht nur der sensible Bereich der Sexualität, sondern vor allem die Forderung des Papstes, nicht wegen der Sachargumente, sondern aufgrund der Autorität des päpstlichen Lehramts die Thesen der Enzyklika zu akzeptieren. Diese Forderung zielte in den Kernbereich der Überzeugungen, die sich in diesem Jahr so massiv Ausdruck verschafften. Eine Autorität unbefragt hinzunehmen, verstieß gegen die Grunddogmen der Zeit. Eine große Mehrheit gerade der kirchlich Engagierten sah die Beweisgründe des Papstes als nicht schlüssig an. So konzentrierte sich die innerkirchliche Diskussion mit einer bis dahin unbekannten Heftigkeit auf die Enzyklika und damit auf den Anspruch des kirchlichen Lehramts, verbindliche Entscheidungen zu fällen.“⁹ An „*Humanae vitae*“ wurden unter anderem hauptsächlich beanstandet die nicht gebührende Respektierung der heutigen formalethisch relevanten Naturrechtsdiskussion und der psychologischen und sonstigen materiaethisch bedeutsamen Fragestellung sowie die Auseinandersetzung mit ihr. Deshalb vermochten die Kritiker in diesem Lehrschreiben kein Dokument zu sehen, das besonders geeignet war, die noch weiterzuführende Erörterung über die rechte Ordnung der Fortpflanzung richtungsweisend vorwärtzutreiben.

Antworten der deutschen Amtskirche

Die auf dem Essener Katholikentag erhobenen Forderungen nach längst überfälligen, tiefgreifenden und umfassenden Reformen, das unüberhörbare, ungeduldige und emotionsgeladene Drängen nach substantiellen Veränderungen sowie die auf ihm lautgewordene Kritik an kirchlichen Funktionsträgern und „hierarchisierten“ Laien, an Mißständen in der Kirche, ihren verschiedenen Institutionen und Organisationen, an den Moralvorstellungen und der offiziellen Schultheologie, am defizitären Engagement der Kirche hinsichtlich der bedrängenden Menschheitsprobleme usw. überraschten seine Veranstalter und den deutschen Episkopat keinesfalls wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Angesichts der allgemeinen Protestbewegung hatten sie vielmehr damit rechnen müssen und sich auch dementsprechend darauf eingestellt. Neu waren für sie lediglich der aggressive und polemische Ton, der die Wortbeiträge und Aktionen der innerkirchlichen Opponenten charakterisierte, und die explosive Qualität des Gesprächsklimas.

■ Einen aufschlußreichen Einblick in die Stimmungslage des Kirchenvolks und in

die veränderte Einstellung der Gläubigen – also nicht bloß von oppositionellen Gruppen – dem kirchlichen Lehramt und seinen Weisungen gegenüber erhielten die Bischöfe der Bundesrepublik schlagartig beim Bekanntwerden der Enzyklika „*Humanae vitae*“. Die darauf erfolgte, überwiegend negative Reaktion besonders von seiten der kirchlich Engagierten machte sie betroffen. Um den dadurch angerichteten Schaden möglichst zu begrenzen, erließen sie zum Abschluß der außerordentlichen Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz Ende August 1968 in Königstein (Taunus) – wenige Tage vor Eröffnung des Katholikentags –, veranlaßt durch „das ungewöhnlich lebhafte und zugleich zwiespältige Echo auf die Enzyklika“, eine „klärende und wegweisende“ Verlautbarung. Sie war ein mutiges, kluges und zukunftsweisendes Wort, das in Essen bedauerlicherweise zunächst nicht entsprechend rezipiert und gewürdigt worden ist, wohl deshalb, weil man sich zu sehr auf die Autoritätskritik konzentriert und fixiert hatte. In ihr wurde neben der Gehorsamsverpflichtung das Recht auf die eigene, verantwortete Gewissensentscheidung mit Nachdruck unterstrichen.

Bald nach dem Katholikentag analysierten die Bischöfe sehr sorgfältig die angespannte Lage in der Kirche. Sie berieten über Mittel und Wege, wie man der schwerwiegenden Herausforderung am besten und wirksamsten begegnen könne und wie für die Zukunft eine „geläuterte Verbundenheit“ im Verhältnis zwischen Bischöfen und Laien zu erreichen sei (Kardinal Julius Döpfner). Diesem Zweck diene vor allem die auf den 27. und 28. Dezember 1968 überraschend nach Fulda einberufene außerordentliche Bischofskonferenz. Das Ergebnis der zweitägigen Beratungen schlug sich nieder in einer Erklärung¹⁰, in der die Bischöfe zu der seit einigen Monaten spürbar wachsenden Unruhe um wesentliche Fragen des Glaubens und kirchlichen Lebens Stellung bezogen.

In ihr werden acht Sachverhalte näher erörtert: Zuerst die krisenhafte Problematik des Glaubens, der „als in Freiheit vollzogener Gehorsam“ umschrieben wird. Es werden die sie bedingenden Schwierigkeiten reflektiert und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung dargelegt. Der nächste Punkt greift die vom Zweiten Vatikanum eindringlich reklamierte Zuwendung der Kirche zur Welt auf. Bei ihr dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß „alles Bemühen um das Neue und Zeitgemäße... in der Wahrheit des Evangeliums sein verbindliches Maß“ habe. Die bischöfliche Verlautbarung hebt anschließend den bedeutenden Anteil der Theologie als Wissenschaft von und aus dem Glauben an der konziliaren Erneuerung der Kirche hervor. Sie merkt an, daß die Theologie ihre Legitimation verliere, wenn sie die göttliche Offenbarung als ihre unaufgebbare Voraussetzung ablehne. Ein weiteres Thema stellt das Gewissen dar, dessen Bildung sich an der Wahrheit orientieren müsse. In diesem Zusammenhang erinnern die Bischöfe an ihr Schreiben an alle, die von der Kirche mit der Glaubensverkündigung beauftragt sind, wo es heißt: „Ernsthafte Bemühung, auch eine vorläufige Lehräußerung der Kirche positiv zu würdigen und sich anzueignen, gehört zur richtigen

Glaubenshaltung eines Katholiken.“ Der folgende Abschnitt über die Grenzen der Demokratisierung unterstreicht sehr klar das Dienstamt des Papstes, der Bischöfe und Priester, das nicht nach demokratischen Grundsätzen veränderbar sei. Dieses Faktum dispensiere das Volk Gottes aber nicht von der Aufgabe, gemäß der vom Konzil eingeleiteten Erneuerung der Formen kirchlicher Ordnung „neue Möglichkeiten der Mitsorge und des Mitwirkens“ einzuüben.

Die drei letzten Punkte behandeln die Erneuerung der Liturgie, die besondere Stellung des Weihepriestertums und Fragen des Zölibats. Da die Liturgie als heiliges Tun „mit vielen Fragen der Formen und Gestaltungen zum Bereich der Ordnung in der Kirche“ gehöre, sei alles Experimentieren auf diesem Gebiet ohne kirchliche Genehmigung unstatthaft. Eine entschiedene Absage wird der Interkommunion erteilt, die „kein Mittel zur Erlangung der kirchlichen Einheit“ sein könne. Hinsichtlich des mit der Eucharistie aufs engste verbundenen Weihepriestertums betont die Erklärung, daß seine Stellung innerhalb der Kirche richtig gesehen werden müsse, nämlich in seiner wesentlichen Differenz zum gemeinsamen Priestertum sowie nach dem Inhalt und Umfang „seiner dem Gottesvolk dienenden Leitungsfunktion“. Ausgehend von der aktuellen Diskussion über die Ehelosigkeit der Priester und im Wissen um die diesbezüglichen ernststen Schwierigkeiten gerade in der Gegenwart, halten die Bischöfe es „unbeschadet der Argumente für oder gegen den Zölibat“ für notwendig, sich eindeutig zu den betreffenden Konzilsbeschlüssen zu bekennen. Der mancherorts zu beklagenden Verwirrung treten sie durch einige Feststellungen und Gründe entgegen, die das Festhalten am Junktum von Zölibat und Priestertum rechtfertigen.

Wie zu prognostizieren war, wurde der von den Bischöfen mit der Erklärung intendierte und gewünschte Zweck nicht erreicht. Das lag zum beträchtlichen Teil an ihr selbst, da sie lediglich altbekannte Positionen dem Bewußtsein der Gläubigen neu als verpflichtend einschärfte und sich damit begnügte, Traditionelles einfach zu repetieren. Statt dessen wären sachliche Argumentation und nüchterne Reflexion über die anstehenden Kontroversthemata sowie konkrete Impulse und zukunftsweisende Leitlinien am Platz und hilfreich gewesen. Durch Lehrschreiben alten Stils und Dekretierungen von oben konnten keine Problemlösungen mehr erfolgen. So ging die Diskussion über die in der episkopalen Verlautbarung behandelten Punkte ungebremselt weiter, ja sie erhielt weiteren Zündstoff durch eine Reihe innerkirchlicher Vorgänge, die die Gemüter kritischer Kreise aufs heftigste erregten, etwa durch den Konflikt um Hubertus Halbfas, durch die Querelen um den Holländischen Erwachsenenkatechismus und durch die zunehmende, systematisch betriebene Einengung der auf dem Konzil wiedergewonnenen Freiheit der Theologie mittels verschärfter Zensurmaßnahmen.

Da die Fronten zwischen Lehramt und innerkirchlicher Oppositionsbewegung sich zusehends verhärteten, knüpfte man allenthalben hohe Erwartungen an die in Aussicht gestellte gemeinsame Pastoralynode der Diözesen in der Bundesre-

publik. Kardinal Döpfner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hatte diesen Plan im Anschluß an die Frühjahrsvollversammlung des deutschen Episkopats Ende Februar 1969 in Bad Honnef bekanntgegeben. Auf ihr sollte die „Eindeutschung“ des Konzils verstärkt in Angriff genommen werden. Besagter Beschluß war nicht über Nacht zustande gekommen. Vielmehr war das Projekt seit dem Essener Katholikentag in internen Zirkeln kirchlicher Funktionsträger, die sich mit dem Aufarbeiten der durch ihn aufgeworfenen Fragen beschäftigten, besprochen worden. Bereits im November 1968 hatte der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ein einschlägiger Antrag des BDKJ vorgelegen. Bei den konkreten Planungen hielt man sich an Döpfners Anregung, sorgfältige Meinungserkundungen durchzuführen und die Synode möglichst „von unten“ her vorzubereiten, um auf diese Weise die Kritik der Basis aufzufangen und gegebenenfalls zu paralisieren.

Am 3. Januar 1971 trat die Synode zu ihrer konstituierenden Vollversammlung in Würzburg zusammen. Fünf Jahre lang diskutierten Bischöfe, Priester, Ordensleute und Laien gemeinsam freimütig und umfassend über alle aktuellen und strittigen Probleme innerhalb des deutschen Katholizismus mit dem erklärten Ziel, geeignete Maßnahmen als Wege aus der Krise zu finden, entsprechende Reformprogramme zu entwickeln sowie zukunftsgerichte und hilfreiche Lösungen für die Katholiken und die Kirche in der Bundesrepublik zu erarbeiten. Das Gesamtergebnis konnte sich sehen lassen. Ein konstruktiver und verheißungsvoller Anfang war gemacht worden, den es gemäß dem Leitwort der letzten Vollversammlung vom November 1975 „Die Synode endet – die Synode beginnt“ zu verwirklichen galt.

Revolte und Innovation

Durch die studentische Protestbewegung Ende der sechziger Jahre wurden Staat, Gesellschaft und Kirche in je unterschiedlicher Art betroffen und herausgefordert; und jede dieser drei Größen hatte in ihrer besonderen Weise darauf reagiert. Es bleibt zu konstatieren, daß die Studentenbewegung trotz ihres äußeren Scheiterns innovativ und gestaltend gewirkt hat. Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist durch sie in der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne, in der sie als bewegende Kraft existierte, forciert worden. Gleichwohl lassen retardierende Einflüsse infolge extremistischer ideologischer Linkslastigkeit und der Eskalation „bürgerlicher“ Demonstrationsformen, die schließlich in brutaler Gewalt gegen Sachen und Personen ausarteten, sich als Gegenreaktion nicht übersehen. Allerdings wäre es zu bequem und sachlich zudem unzutreffend, wollte man diese Rebellion einfach mit Querulantentum gleichsetzen. Durch sie ist die historische Dimension des Gewordenen, des Zeitbedingten, damit Überhol- und Revidierba-

ren, neu entdeckt worden. Das reformorientierte wie revolutionäre Denken richtete sich nicht allein gegen überholte, längst obsolete und zeitbedingte Formen und Äußerlichkeiten, es richtete sich vielmehr gegen einen traditionellen Denk- und Verstehenshorizont, der absolut und als oberste Instanz gesetzt wurde. Darüber hinaus hat es nachdrücklich in Erinnerung gebracht, daß eine selbstkritische und permanente Reflexion über gesamtgesellschaftliche Veränderungen und substantielle Transformationsprozesse die unerläßliche Bedingung der Möglichkeit ist, um auf diese angemessen, folgerichtig und sachgemäß zu reagieren. Denn bloße Beschwichtigungsversuche, populistische Verhaltensweisen sowie starres Festhalten an der Tradition mit ihren Werten, ihre unkritische Beschwörung und ihr uneinsichtiges Verteidigen helfen in einschneidenden Umbruchssituationen nicht wirklich weiter.

Was speziell die Reaktion der deutschen Amtskirche auf die Herausforderung durch die innerkirchliche Opposition anbelangt, ist anzumerken, daß die Bischöfe einen mühsamen und langwierigen Meinungs- und Erkenntnisbildungsprozeß hatten durchmachen müssen, bis sie imstande waren, sich mit der neuen Lage vorbehaltlos, reformbereit und konstruktiv auseinanderzusetzen. Hauptsächlich die Angst vor einem Funktionsverlust, den sie mit dem Wohl der Kirche identifizierten, hatte sie lange Zeit davon abgehalten. Ihre gewandelte Einstellung läßt sich an ihrem Engagement im Umfeld der Synode unschwer ablesen.

Schon bald sahen die Bischöfe sich jedoch mit neuen Problemen konfrontiert, die die bisherigen – manche harren bis heute einer zufriedenstellenden Lösung – an Brisanz und Schärfe bei weitem übertrafen. Hier seien lediglich angeführt die „postmodernen“ Tendenzen in der Jugendkultur und die neuen sozialen Bewegungen als Erben der Studentenbewegung, deren Ideen und Aktionen das Denken und Handeln zahlreicher Katholiken beeinflussen. Dazu gesellten sich die Herausforderungen durch die moderne Theologie, durch den Feminismus in Gestalt der feministischen Theologie mit ihren Implikationen (zum Beispiel Diskussion über das Weihepriestertum der Frau wie auch über die Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft), durch den Priestermangel und die zunehmende Zahl priesterloser Gemeinden, durch den grassierenden Glaubensschwund und den Verlust der religiösen Gelassenheit als ein Grundzug der Moderne und des gegenwärtigen Kulturbewußtseins.

Aber auch gesamtkirchliche Vorgänge und stark restaurative Tendenzen führten und führen zu neuen Polarisierungen und Entfremdungen zwischen dem kirchlichen Lehramt und weiten Teilen des aufgeschlossenen und reformorientierten Kirchenvolks. Zu erinnern ist etwa an die bedauerliche Tatsache, daß Rom die meisten von der Synode beschlossenen Voten abgelehnt hat, weiter an die kuriale Taktik bei den jüngsten Bischofsernennungen, an den seit dem 1. März 1989 in Kraft befindlichen Treueid und an die um „*Humanae vitae*“ erneut entbrannten kontroversen Debatten. Ein derartiges Verhalten und eine solche Einstellung

übersehen die der Kirche als einer „Ecclesia semper reformanda“ bleibend aufgetragene Verpflichtung, daß sie bei aller Treue zum überkommenen Glauben sich beständig auf die Erfordernisse der jeweiligen Zeit einzustellen hat, also stets erneuerungsbedürftig ist.

ANMERKUNGEN

¹ W. Dirks, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte 5 (1950) 942–954; hier zit. v. M. Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland (Frankfurt 1986) 304.

² Ebd. 309f.

³ I. Buhmann, Ich habe mir eine Geschichte geschrieben (Frankfurt 1977) 213.

⁴ Zit. in G. Langguth, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968 (Köln 1984) 29.

⁵ U. Fink, 1968 – Die Antwort der CDU: Programmpartei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/88, 13. 5. 1988, 27–35; hier: 29.

⁶ Ebd.

⁷ Wie ist Demokratie in der Kirche möglich?, in: Herder-Korrespondenz 23 (1969) 97–101; hier: 98.

⁸ K. O. v. Aretin, Der unberatene Papst, in: Hochland 61 (1969) 51–60; hier: 51.

⁹ W. Seibel, Kirchliches Erbe von 68, in dieser Zschr. 206 (1988) 505.

¹⁰ Der Wortlaut in: Herder-Korrespondenz 23 (1969) 74–76.